

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Verantwortlicher Redakteur: Carl Neubauer.
Postfach-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Umgebungen bei halbjährlicher Lieferung durch die Post bei halbjährlicher Lieferung monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 3,75 Mk.
Die Inserten werden nach dem Tarif für den Tag berechnet. Einzelne Inserate werden nach dem Tarif für den Tag berechnet. Einzelne Inserate werden nach dem Tarif für den Tag berechnet.

Druck- und Verlagsanstalt:
Postfach-Nr. 35140.
Druck u. Verlag von Neufeld & Neufeld in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Sehr geehrte Herren! Die Dresdner Nachrichten sind für Sie bestimmt. — Ihre werblichen Mitteilungen werden nicht anstandslos angenommen.

Vor dem Entscheidungsspruch in Paris.

Die Tagesordnung des Obersten Rates.

Paris, 7. August. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsverbrechen, die Frage der Verhinderung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Oesterreichs. Der österreichische Botschafter in Paris soll gestern, wie „Welt Journal“ mitteilt, auf dem Quai d'Orsay gewesen sein, um auf die kritische Lage Oesterreichs hinzuweisen. Nach dem gleichen Blatte ist es noch nicht sicher, ob die albanische Frage auch auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt wird. Für die Dauer der Konferenz sind acht bis zehn Tage vorgesehen. (W. Z. B.)

Abreise der englischen und italienischen Delegierten.

London, 7. August. (Mentor.) Lord George und Lord Curzon sind heute morgen mit der britischen Delegation nach Paris abgereist. (W. Z. B.)

Paris, 7. August. Der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Marquis della Torretta ist heute abend in Paris angekommen. Der italienische Ministerpräsident Bonomi wird erst kurz vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates in Paris eintreffen.

Die französische Delegation.

Paris, 7. August. Die französische Delegation beim Obersten Rate setzt sich zusammen aus dem Ministerpräsidenten Briand, dem Minister Courent und dem Generalsekretär Berthelot. (W. Z. B.)

Angelöste französisch-englische Gegnerschaft.

Berlin, 7. August. Dem „A. T.“ wird aus dem Haag gemeldet, daß sich am Sonnabend noch kein Ausschluß dafür zeigte, daß von englischer Seite in Paris eine vorläufige Lösung der ober-schlesischen Frage erwartet wird. Auch von französischer Seite scheint der Plan des Protokollums anzugehen zu sein. Da aber die Schwierigkeiten für Briand, den englischen Wünschen entgegenzukommen, enorm sind, so ist immer noch mit einem halben Resultat der Pariser Konferenz zu rechnen. Bei den englischen Wünschen handelt es sich nach dem „Daily Chronicle“ um eine der Sturza „Initiative“, das heißt, eine der Demarkationen innerhalb des „Industriegebietes“. Tagesgen liegen Informationen des „Daily Telegraph“ aus Paris vor, nach denen die französischen Pläne immer noch bedeutend weiter gehen. Es scheint danach, daß schon einiges aus der Eröffnungsrede Briands, die er am Montag halten wird, bekannt ist. Briand wird für Einschränkungen des deutschen Industriegebietes plädieren und dabei auf der berühmten Arsenalidee stehen, daß Deutschland nämlich dort den nächsten Krieg vorbereiten werde. Was die Auslegung des Abstimmungsergebnisses angeht, so will Briand an dem Wortlaut des Friedensvertrages so, wie er ihn aufstellt, festhalten, daß nämlich die Bewertung dieses Ergebnisses nach Gemeinden vorzunehmen sei. (1)

In London sieht man der ober-schlesischen Konferenz mit einem gewissen Fatalismus, aber auch mit Beunruhigung entgegen, weil sich bisher nicht die Spur einer gemeinsamen Basis entwickelt hat und die Vorkonferenz der Sachverständigen erfolglos verlauten ist, genau so, wie man es in London vorausgesehen hat. Man scheint aber in London doch zu erwarten, daß das Ergebnis der Konferenz für Deutschland nicht so vernichtend werden würde, wie es nach den französischen Wünschen der Fall sein würde. Die sehr hohe Beteiligung englischer und amerikanischer Banken an dem holländischen Kredit für die deutsche Wiedergutmachung läßt zum Beispiel auf einen gewissen Optimismus schließen — für Deutschland im allgemeinen, aber auch für die Lösung der ober-schlesischen Frage. Eine Note weist ohne Zweifel auch die Tatsache, daß Polen neuerdings eingestiegen zu haben scheint, daß die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die für Polen unbedingt notwendig ist, unmöglich wird, wenn Deutschland bei der kommenden Entscheidung ungerecht behandelt wird. Die Entspannung in Warschau, die sich neuerdings so deutlich abzeichnet, hängt außerdem zusammen mit sehr dringenden Wünschen der Polen in Ostgalizien, wo die Grenze zwischen Polen und der Ukraine noch festzulegen ist. Man weiß darauf hin, daß diese Frage in Warschau neben Oberschlesien für außerordentlich wichtig gehalten wird und bei den Verhandlungen in Paris ein Kompensationsobjekt bilden könnte, wenn es sich lediglich um Deutschland und Polen handelte. Der Reichsinteressen an einer für Deutschland katastrophalen Lösung ist aber leider nicht Polen, sondern Frankreich. Das weiß man in London sehr wohl.

Die Hoffnung auf Lloyd Georges Vermittlertalent.

London, 7. August. Der Pariser Berichtshatter des „Observer“ schreibt, britische Beobachter hätten beim besten Willen in der französischen Politik keinen anderen Grundlag endenden können als den, daß die Ansicht der Franzosen in der ober-schlesischen Frage diktiert wird durch ihre Freundschaft für die Polen und ihren Haß gegen Deutschland. Andererseits machte sich in Paris bereits eine zunehmende Besorgnis geltend, die Entente zu retten. Eine der Vermittler Lloyd Georges in der kommenden Woche könne dies vielleicht zustande bringen.

Poincaré ruft nach Einigkeit.

Paris, 7. Aug. Poincaré schreibt in einem „Temps“-Artikel über den Obersten Rat: Noch einmal vereinigen sich die alliierten Mächte unter dem Namen eines Obersten Rates, um über das Schicksal der Völker zu entscheiden. Die sollen mit angespannten Nerven die verschiedenen Probleme studieren, deren Lösung die alliierten Mächte bis jetzt in entgegengesetzter Richtung gesucht haben. Es ist Zeit, etwas mehr Harmonie in die Verhandlungen der Völker zu bringen, die den Krieg gewonnen haben und die auch den Frieden gewinnen wollen. (W. Z. B.)

Die französischen Verschleppungsversuche.

Paris, 7. August. Der „Temps“ weilt in seinem heutigen Artikel darauf hin, daß jetzt in Paris eine Woche beginnt, die über die Zukunft entscheiden wird. Dem Ernst des Augenblicks könne niemand entgehen. Die alliierten Regierungen hätten sich darüber Rechenschaft abzugeben, daß die Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiele stehe. Bevor man über die Teilung Oberschlesiens berate, könne sich der Oberste Rat über die Entsendung von Truppenverstärkungen aussprechen. Wenn das französische Volk die Entsendung von Verstärkungen wünsche, so habe es dabei keine Hintergedanken. Wenn mangels Verstärkungen der Bürgerkrieg in Oberschlesien wieder ausbrechen würde, dann könnten die alliierten Truppen überflüssig werden. Die Truppen würden dann den Befehl erhalten, sich zurückzuziehen. Dann könnten die alliierten Regierungen, wenn sie an Ort und Stelle nicht sofort handeln können, Zwangsmaßnahmen gegen das gesamte Deutsche Reich anwenden. Das sei eine Möglichkeit, die man ins Auge fassen müsse, da man die Verantwortung auch gemeinsam tragen müsse. Schließlich sagt der „Temps“: Wenn man keine Lösung der ober-schlesischen Frage finde, die Frankreich als gerecht ansehen könnte, so müsse man die ober-schlesische Frage in der Schwebe lassen, denn keine französische Regierung könne einer Regelung zustimmen, die die Volksmasse in Frankreich für ungerecht halte. (W. Z. B.)

Was Briand Lügenhaft.

London, 6. August. Es verlautet, daß Briand am Montag eine Rede halten wird, in welcher er die Behauptung, Deutschland brauche die ober-schlesischen Gruben für seine Industrie, damit zurückweisen wird, daß Deutschland nur 9 Prozent dieser Steinkohlen selbst verbrauche, während diese für Ungarn und Oesterreich, Polen und die Tschecho-Slowakei unentbehrlich seien.

Neue französische Unterjochungspläne.

Paris, 7. August. Bertinax teilt im „Echo de Paris“ mit, Marichal Koch und die militärische Kommission in Versailles hätten einen Plan ausgearbeitet, um Deutschland zu verhandeln, Handelskünstlichmaterial in Friedensflugzeuge umzuwandeln, und um einen Kontrollorganismus zu schaffen, der nach Beendigung der Tätigkeit der letzten Entwaffnungskommission aufrecht erhalten werden sollte. Vor zwei Monaten habe sich die englische Regierung gewidert, diesem Plan ihre Zustimmung zu geben, und habe erklärt, nach Artikel 23 des Friedensvertrages sei der Völkerbund allein berechtigt, Überwachungen auszuführen. Auch der Völkerbund habe den Konflikt nicht lösen können und die Angelegenheit sei an den Obersten Rat weitergegangen worden. (W. Z. B.)

General Allen in Paris.

Paris, 7. August. „Chicago Tribune“ teilt mit, daß heute der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen am Rhein General Allen in Paris angekommen sei. Er werde Besprechungen mit dem Völkhafter Harvon über die Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen haben. (W. Z. B.)

Stellen wollen nicht die Wahrheit hören.

Wien, 6. August. Am Grund des Artikels 13 der Verordnungs 3 hat die Interalliierte Aussenkommission den Vertriebs des Bundes „Französischer Wittmischer“, herausgegeben vom Verlag „Rote Hand“ in München, wegen seines „die Würde der Besatzungstruppen herabwürdigenden und verlegenden Inhalts“ im weitesten Maße verboten. Die einzelnen Stücke unterliegen der Beschlagnahme und die Personen, die sich mit dem Verkauf oder der Verteilung befassen, unterliegen ebenfalls den von der Rheinlandkommission vorgeschriebenen Strafen. (W. Z. B.)

Ein Weibch über die Urteile des Reichsgerichts.

Berlin, 6. August. Dem Reichstag ist vom Reichsminister der Justiz ein Weibch enthaltend Abdrucke der vom Reichsgericht auf Grund der Gesetze zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen bisher erlassenen Urteile vorgelegt worden. (W. Z. B.)

Die Parlamentskrise in Danzig.

Danzig, 6. August. Der Volkstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag der Arbeiterpartei auf Aufstellung der kommunalistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt. Die bürgerlichen Parteien gaben eine Erklärung ab, in der sie sich mit dem Vorhaben des Senats einverstanden erklärten. Die Polen und die Linkspartei machten dem Senat den Vorwurf, daß er die Verfassung und die Gesetze gebrochen habe, und erklärten, im Falle der Ablehnung des mehrheitsparteilichen Antrages sich an den weiteren Arbeiten des Parlaments nicht mehr beteiligen zu wollen. Der Antrag auf Aufstellung wurde mit 52 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokratische Partei brachte sodann einen weiteren Antrag ein auf Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zum 31. Oktober. Mit diesem Antrag wird sich das Plenum am nächsten Mittwoch beschäftigen. Ferner wurde ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Senator Zöllmer von den Linksparteien eingebracht. Der Präsident des Volkstages Matthal gab die Absicht bekannt, sein Amt niederzulegen.

Freilassung von Sinnfeinerführern.

Dublin, 6. August. Nach einer amtlichen Veröffentlichung hat die Regierung in Gemächtheit des von dem Premierminister öffentlich geleisteten feierlichen Versprechens, daß die bittende Mosatema in jeder möglichen Weise die im Wege befindlichen Behinderungen zur Verhinderung des Friedenszustandes in Irland zu beseitigen werde, nunmehr beschlossen, unversichtlich und duldungslos alle Mitglieder des Sinnfeinerparlamentes freizulassen, die gegenwärtig interniert sind oder in Gefängnissen sich befinden. (W. Z. B.)

Breitscheid verteidigt die Regierung.

Paris, 6. Aug. Der unabhängige Reichsstaatsabgeordnete Dr. Breitscheid, der sich in Paris aufhält, veröffentlicht im „Populaire“ einen Artikel, in dem es heißt:

Die augenblickliche deutsche Regierung sei der Auffassung seiner Partei über die Notwendigkeit zu reparieren. Obwohl sie die innere und die finanzielle Politik des Kabinetts nicht teile, so erfordere doch die Ehrlichkeit, anzuerkennen, daß dieses den ersten Wunsch habe, die Pflichten zu erfüllen, die der Friedensvertrag von Versailles Deutschland auferlegt habe. Die Regierung habe das Ultimatum nicht einst und allein angenommen, um das Land aus einer vorübergehenden gefährlichen Lage zu retten, um Zeit zu gewinnen, sondern weil sie aufrichtig wünsche, endlich die Politik der kleinen Mächte zu verlassen, um entschlossen den Weg zu gehen, den das Gewissen und der Vertrag vorschrieben.

Man werde in Frankreich gezwungen sein, anzuerkennen, daß die Regierung sich nach dieser Richtung nicht bequemt habe, Worte zu sprechen, sondern Taten folgen zu lassen. Die Regierung habe auch ihre Unterart nicht unter das Ultimatum gesetzt, um Oberschlesien zu retten. Sie habe einfach getan, was sie für nötig gehalten habe. In der Rede des Reichsstaatsabgeordneten habe dieser Ehrlichkeit verlangt. Aber er habe nicht gesagt, daß Deutschland das Recht habe, Oberschlesien ungeteilt zu verlangen. Deutschland hoffe, daß der Oberste Rat eine Lösung finde, die das Ergebnis der Volksabstimmung betrichtigt und Deutschland die Möglichkeit zum Leben lasse.

Dr. Breitscheid sagt schließlich, die Alldeutschen würden bei allen bürgerlichen Parteien Unterstützung finden, wenn der Oberste Rat eine Entscheidung trafe, die das Industriegebiet Oberschlesiens Polen zueräume. In diesem Falle wäre das Schicksal der Regierung nicht zu begreifen. Entweder würde sie sofort durch ein reichsstaatsabgeordneten ersetzt werden, oder es würden neue reichsstaatsabgeordneten vorgenommen werden mit der Lösung Oberschlesiens, die für die Nationalisten besonders günstig ausfallen würden. Es handle sich keineswegs um eine Personenfrage, wenn der Reichsstaatsabgeordnete verschwinde, sondern es wäre eine Ermütigung für alle Reaktionen in Deutschland. Dr. Breitscheid schließt den Artikel mit der Erklärung:

Die Pazifizierung Europas müßte das politische Ziel aller Völker sein. Eine Reimigung der französisch-deutschen Atmosphäre sei deren grundlegende Bedingung. Außer dem Schicksal der ober-schlesischen Frage bestehe eine Reihe von Konflikten, die verschwinden müßten, damit normale Beziehungen zwischen dem französischen und deutschen Volke möglich würden. Er wolle nicht, von einer Entente zu sprechen. (W. Z. B.)

Berliner Preisseimmungen zu den Steuerplänen.

Ueber die Steuerpläne des Reichskabinetts äußert sich die Presse folgendermaßen:

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Das vorstehende Steuerblatt ist das umfangreichste und farbenreichste, das dem deutschen Volke bisher beschieden worden ist. Es ist das Produkt der „Erfüllung“. Es stellt zunächst im wesentlichen die Ausarbeitung der Pläne dar, die seinerzeit vom Finanzministerium in Vorschlag gebracht worden sind. Damals handelte es sich bekanntlich um Parallelarbeiten des Finanzministeriums auf der einen und des Reichsstaatsabgeordneten auf der anderen Seite, wobei letztere sich besonders auf der Erfassung der Goldwerte aufbauten. Es zeigt sich, daß man zunächst nicht zuletzt wohl aus Gründen der praktischen Durchführbarkeit, darauf verzichtet hat, die Goldverträge seinerzeit auszuwirken. Die Steuermaßnahmen und Erweiterungen des Finanzministeriums sind leichter durchführbar und die Quellen schneller zu erschließen. Aber der Schluß der amtlichen Aufklärung sagt ja mit aller Deutlichkeit, daß für die Richtigkeit der Pläne des Reichs mit der Rate der Reparation noch nicht aller Tage Abend ist, und daß die wirtschaftsministeriellen Goldwertpläne weiterer Erwägung unterliegen werden.“

Der „Berl. Lokal Anzeiger“ meint: Wenn man auf anderem Wege, als dem der Besteuerung, der Beste, wie die Regierung andeutet, zu den Kosten des Reiches herangezogen werden soll, so deutet diese Absicht auf Verteilungen hin, denen überdies andere als solche gerechter Lastenverteilung zugrunde liegen. Die bisherigen Änderungen, die Reichsstaatsabgeordnete und Reichsstaatsminister Dr. Wittich nach dieser Richtung getan hat, waren bereits deutlich genug. Sollten sie sich nunlich zu konkreten Vorschlägen entwickeln, so würden sie nur noch allerisäwerkten innerpolitischen Kampfen darzutun sein.

Die „Vossische Zeitung“ urteilt in folgenden Worten: „Das Programm, das hier vorgelegt wird, entspricht in seinen wesentlichen Zügen den Ankündigungen, die bereits früher durch die Presse gegangen sind, und den Ausführungen, die der Reichsstaatsabgeordnete und Finanzminister Dr. Wittich in seinen beiden Reden im Reichstage und im Reichswirtschaftsrat gemacht hat. Sehr charakteristisch ist der Hinweis in der Begründung der neuen Vermögensabgaben, daß die „direkten“ Steuern auch weiterhin unter allen Umständen den „indirekten“ die Wege halten“ sollen. Die Scheidung zwischen direkten und indirekten Steuern ist bei der Größe des Finanzproblems, das wir zu lösen haben, mehr parteipolitisch bedeutend, als finanzpolitisch fruchtbar, und es ist gar nicht anzuschließen, daß die wirtschaftlichen produktions- und verbrauchspolitischen Wirkungen der aufs äußerste angespannten Vermögensbesteuerung denen indirekter Abgaben sehr ähnlich werden. Man hat, so scheint es, aus den Erfahrungen der Ergründigen Finanzreform nicht sehr viel gelernt.“

Das „Berliner Tageblatt“ äußert sich über die Steuererklärungen des Kabinetts wie folgt: „Sie muß auch die anspruchsvollen Gemüter schwer enttäuschen. Die Erklärung beantragt sich damit, hinsichtlich Steuererlagen nach ihren Uebereinstimmungen zu realisieren und ein paar, oft ganz unklare, Andeutungen davon anzufügen. Kein Wort über das veranschlagte Erträgnis der Steuern, kein Wort darüber, wie denn nun eigentlich die jährlich notwendige Summe von etwa hundert Milliarden neuer Steuern aufgebracht werden soll. Denn niemand wird ernstlich glauben